

Volkswacht

für Schlessen

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in den Abendausgaben der „Volkswacht“. Neue Drahtpoststr. 6 und Neue Poststr. 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Poststr. 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Druckort: Dresden 2

Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1205, Redaktion Ring 5142. Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5652.

Anzeigenpreis: Je Zeile für 1000 Exemplare 17 Pf. Anzeigen unter 1000 Exemplaren 18 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Poststr. 48 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

15 Millionen Ja!

Immerhin mehr als Hindenburg-Wähler.

Das Gesamtergebnis!

Das Ergebnis des Volksentscheides über das Ent-

schleunigungsrecht ist folgendes:
Ja-Stimmen 14 889 703
Nein-Stimmen 542 311
Ungültig 511 495
Stimmberechtigte 39 421 817
Volksbegehren 12 523 939

Aus einzelnen Bezirken, die sich auf verschiedene Wahlkreise verteilen, fehlen noch die Stimmenzahlen, so daß das Gesamtergebnis des Volksentscheides mit r u n d 15 Millionen Ja-Stimmen angenommen werden kann.

Diese Zahl bedeutet, wenn man die bestehenden Stimmlisten als Grundlage nimmt, 36 Prozent der stimmberechtigten ein- stimmigen Wähler für Ja. Für das Volksbegehren hatten sich 223 939 stimmberechtigten eingetragen (31,5 Prozent der Stimmberechtigten). Die Zahl der stimmberechtigten betrug rund 15 Millionen. Die Zahl der bei der letzten Reichstagswahl am 12. Dezember 1924 für die Sozialdemokraten und die Kommunisten abgegebenen Stimmen belief sich auf 10 688 369.

Auf Grund des allgemein geäußerten harten Terrors, insbesondere soweit das Land in Frage kommt, dürften für ganze Bezirke Proteste erfolgen. Es wird auch von führenden Sozialisten behauptet, daß noch trotz harter Reaktion in den Wahlkreisen große Mängel bestehen und nicht 39,5 Millionen stimmberechtigten, sondern nur 34,5 Millionen vorhanden sind.

Gesamtergebnisse der Wahlkreise.

Breslau. Ja: 383 108; Nein: 24 909; Wahlber.: 195 249. (Volksbeg.: 384 178.) Ungültig: 13 443.)
Pommern. Ja: 263 093; Nein: 13 377; Wahlber.: 68 481. (Volksbeg.: 267 415.)
Oberschlesien. Ja: 193 933; Nein: 11 975; Wahlber.: 94 695. (Volksbeg.: 153 038.)
Berlin. Ja: 944 970; Nein: 26 429; Wahlber.: 1 491 873.
Sachsen. Ja: 346 354; Nein: 15 497; Wahlberechtigte: 66 920. (Volksbeg.: 325 609.)
Württemberg. Ja: 563 863; Nein: 19 178; Wahlber.: 654 921. (Volksbeg.: 478 034.)
Düsseldorf Ost. Ja: 584 472; Nein: 18 426; Wahlberechtigte: 1 396 932. (Volksbeg.: 530 536.)
Weiser-Ems. Ja: 254 959; Nein: 10 842; Wahlber.: 90 953. (Volksbeg.: 201 228.)
Westfalen-Süd, 18. Wahlkreis. Ja: 727 472; Nein: 23 259; Wahlber.: 1 634 916. (Volksbeg.: 584 267.)
Sachsen-Darmstadt. Ja: 348 335; Nein: 15 572; Wahlber.: 870 596. (Volksbeg.: 325 609.)
Merseburg. Ja: 351 142; Nein: 12 564; Wahlber.: 890 021. (Volksbeg.: 307 266.)
Köln-Nach. Ja: 466 172; Nein: 20 563; Wahlber.: 364 830.
Baden. Ja: 548 203; Nein: 23 778; Wahlberechtigte: 423 963. (Volksbeg.: 500 238.)
Obersalz-Niederbayern. Ja: 97 581; Nein: 3814; Wahlber.: 577 239. (Volksbeg.: 61 822.)
Oberbayern-München. Ja: 320 163; Nein: 10 918; Wahlber.: 1 548 527;; (Volksbeg.: 209 071.)
Dresden-Bauhen. Ja 551 532; Nein: 25 554; Wahlberechtigte: 1 250 995. (Volksbeg.: 545 864.)
Niederbayern: Ja: 97 581; Nein: 3819; Wahlber.: 78 338. (Volksbeg.: 61 822.)
Frankfurt a. O. Ja: 297 340; Nein: 13 403; Wahlberechtigte: 1 036 315. (Volksbeg.: 244 600.)
Pfalz. Ja: 185 114; Nein: 6412; Wahlberechtigte: 665 375. (Volksbeg.: 159 081.)
Schleswig-Holstein. Ja: 351 975; Nein: 13 630. (Volksbeg.: 296 073.)
Magdeburg. Ja: 453 800; Nein: 10 754; Wahlber.: 665 503. (Volksbeg.: 377 452.)
Thüringen. Ja: 580 806; Nein: 24 833; Wahlber.: 421 438. (Volksbeg.: 561 530.)
Ostpreußen. Ja: 263 902; Nein: 9798; Wahlber.: 301 257. (Volksbeg.: 166 000.)
Potsdam 1. Ja: 565 865; Nein: 22 013; Wahlberechtigte: 1 202 005. (Volksbeg.: 479 491.)

Süd-Hannover. Ja: 479 884; Nein: 24 016; Wahlberechtigte: 1 263 120. (Volksbeg.: 441 067.)
Ost-Hannover. Ja: 180 404; Nein: 9519; Wahlberechtigte: 657 486. (Volksbeg.: 152 647.)
Westfalen-Nord. Ja: 447 248; Nein: 17 627; Wahlberechtigte: 1 358 864. (Volksbeg.: 358 081.)
Koblenz-Trier. Ja: 134 994; Nein: 7137; Wahlberechtigte: 756 666. (Volksbeg.: 118 723.)
Franken. Ja: 413 938; Nein: 14 431; Wahlberechtigte: 1 551 192.
Mecklenburg. Ja: 159 059; Nein: 5459; Wahlberechtigte: 453 103.
Chemnitz-Zwickau. Ja: 540 443; Nein: 20 781; Wahlber.: 1 190 820. (Volksbeg.: 577 155.)
Ostpreußen. Ja: 263 902; Nein: 9778; Wahlberechtigte: 1 303 641. (Volksbeg.: 166 078.)
Düsseldorf. Ja: 359 836; Nein: 11 686; Wahlberechtigte: 1 067 955.
Thüringen. Ja: 580 806; Nein: 24 833; Wahlberechtigte: 1 421 438. (Volksbeg.: 561 530.)
Pommern. Ja: 269 454; Nein: 11 398; Wahlberechtigte: 1 149 181. (Volksbeg.: 204 715.)
Sachsen-Nassau. Ja: 635 382; Nein: 24 305; Wahlberechtigte: 1 592 693. (Volksbeg.: 538 098.)
Potsdam 2. Ja: 589 715; Nein: 21 787; Wahlberechtigte: 1 210 707. (Volksbeg.: 514 067.)
Baden. Ja: 548 203;; Nein: 23 758; Wahlberechtigte: 1 443 968. (Volksbeg.: 500 238.)

Zusammenstöße und Störungen des Abstimmungsakts.

Zahlreiche ländliche Stimmbezirke in Mittel- und Niederschlesien haben nicht eine Ja-Stimme aufzuweisen, obwohl bei allen Reichstagswahlen dort SPD- und zum Teil auch KPD-Stimmen abgegeben waren: Der Terror gegen die mit Entlassung bedrohten Landarbeiter ist daraus am besten erkennbar. Offen wurde diese Drohung z. B. von Herrn von Wallenberg auf Klein-Görsch ausgesprochen.

Die Lehre des Volksentscheids.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie den zum Volksentscheid gestellten Gesetzentwurf als verfassungsgemäß betrachte. Danach konnte er nur mit Mehrheit aller Wahlberechtigten (etwa 19,5 Millionen Stimmen) angenommen werden. Erreicht wurden nur rund 15 Millionen. Nach der Rechtsauffassung der Reichsregierung ist die Enteignung der ehemaligen Fürsten damit abgelehnt.
Diese Rechtsauffassung der Regierung wird allerdings bestritten. Angesehene, auch bürgerliche Juristen (z. B. Dr. Bövensiepen) und führende bürgerliche Zeitungen (z. B. die „Frankfurter Zeitung“) haben den Standpunkt vertreten, daß das zum Volksentscheid gestellte Gesetz in nichts die Verfassung ändert. Danach würde einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Annahme genügen und wir hätten gestern gestimmt. Aber der Rechtsstandpunkt der Reichsregierung ist mangels einer gerichtlichen Instanz, vor der er bestritten werden kann, praktisch nicht zu korrigieren. Dazu müßte schon eine Mehrheit des Reichstages Ministeranfrage vor dem Staatsgerichtshof erheben und eine solche Mehrheit wird sich zu einer solchen Maßnahme in dieser juristischen Frage auf keinen Fall finden. Die Anstrengungen der Volksentscheid-Bewegung haben also praktisch nicht zum Ziel geführt.
Nur enttäuschte Heberoptimisten werden darum den Kopf hängen lassen. Wer politisch rechnet, war sich über das Zweifelhafte eines absoluten Erfolges klar und wir haben schon mehrere Tage vor der Entscheidung davor gewarnt, alles oder nichts vom gestrigen Sonntag zu erwarten. Bei 17 oder 18 Millionen Ja-Stimmen, so führten wir aus, würde der Reichstag mit seiner schwankenden Mitte den Willen einer so gewaltigen Wählerzahl (auf der Gegenseite stehen ja zum Teil ganz

Aus Oberschlesien

wird uns über den Verlauf des Abstimmungstages gemeldet: Terrorakte der Monarchisten sind in fast allen Teilen unseres Wahlkreises vorgekommen. In Hindenburg waren die Wähler der Wahllokale mit Deutschnationalen besetzt, die jeden Abstimmenden aufschrieben und dabei vielfach Befanntgabe seiner Wahlbeteiligung ankündigten. In Bierschowa bei Beuthen bedrohten und beschimpften die Söhne des Wahlortsehers, der das Abstimmungstotal in seinem Hause hatte, jeden zur Wahl Schreitenden. In Wislupia wurden die Abstimmungswilligen von rechtsradikalen Gruppen teilweise mit Gewalt behindert, zur Wahl zu schreiten. Diese Aufzählung läßt sich noch durch zahlreiche ähnliche Vorfälle ergänzen. Allerdings darf nicht ver-schwiegen werden, daß auch die Agitation der Kommunisten in Oberschlesien dem Volksentscheid geschadet hat. Diese sprangen noch am Mittwoch eine zur Werbung bestimmte große Gewerkschaftsversammlung und richteten in diesem Wahlkreise einen großen Teil ihrer angeblichen Abstimmungsaktion gegen die Sozialdemokratie.

In Pommern.

Im Steitiner Vorort Frauendorf kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und einem Haderl Werdwischen, die mit einer schwarzen Fahne mit Totenkopf von der Landagitation zurückkamen. Die Fahne wurde ihnen abgenommen. In Rosendorf (Kreis Grimme) drohte der Abstimmungsleiter selbst (Gutsbesitzer) den Arbeitern, falls sie sich an der Abstimmung beteiligten, mit sofortiger Entlassung. Gegen dieses Vorgehen des Wahlleiters wurde sofort Beschwerde eingelegt. In Demmin durchzog ein Reichswehrtrupp, bestehend aus einem Offizier und 10 Mann die Stadt und entfernte die Plakate der SPD für den Volksentscheid. In verschiedenen Gutsbezirken wirkte sich der Terror dermaßen aus, daß keine einzige Stimme abgegeben worden ist.

In Weidenscheid.

In Bonn kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Anhängern des Volksentscheids. Von auswärts waren auf Latzschützen, Hitlerbanden und Stahlhelme nach Bonn gekommen, die einen Propaganda-Umzug des Reichsbanners angegriffen, wobei von den Rechtsradikalen Waffen aller Art benutzt wurden. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die Kölner Polizei hielt an der Kölner Stadtgrenze die von Bonn zurückkommenden Automobile mit den Reichsbannerkameraden und den roten Frontkämpfern und die des Stahlhelms und der Hitlerbanden an und nahm Durchsuchungen nach Waffen vor. Bei den Rechtsradikalen wurden Schußwaffen sowie große Mengen Pflastersteine im Auto gefunden.

In Bochum kam es auf der Hauptverkehrsstraße, der Friedrichstraße, zu Reibereien zwischen einem Arbeiterrommlerchor und Mitgliedern sogenannter Vaterländischer Verbände, die die Arbeiter provoziert hatten.

In anderen Reichsteilen.

In Jena hat es zahlreiche Mißverständnisse zwischen Stahlhelmen, Jungdeutschen auf der einen und Reichsbanner und Kommunisten auf der anderen Seite gegeben. Dabei sind einige schwere Verletzungen vorgekommen und vorläufige Festnahmen erfolgt.

inaktive Nie-Wähler!) doch respektieren und sich ihm in einem parlamentarischen Kompromiß engstens anpassen. Jede Million Stimmen weniger freilich würde ein paar Hundert Millionen Goldmark für die Fürsten mehr bedeuten. So scheint uns die politische Wirkung auch heute zu sein. Den positiven Willen von 15 Millionen Wählern zu übersehen, werden die Mittelparteien, von denen jetzt im Reichstag die Entscheidung abhängt, kaum wagen. Sehen sich etwa jetzt die monarchistischen Deutschnationalen aufs ganz hohe Ross, so wird die Mitte nur mit der Sozialdemokratie ein Gesetz durchbringen können, das wieder die Fürstenabfindung regelt und das bedeutet dann doch Zwang zur Anpassung an die sozialdemokratischen Forderungen.

Daß mit der direkten Volksbefragung über ein Gesetz meist weniger Fortschrittliches zu erreichen ist, als in der Verhandlung der gewählten Volksvertreter, das wissen ältere Demokratien, z. B. die Schweiz und Nordamerika, aus längerer Gesichtserfahrung. Zwischen einem glatten Ja oder Nein entscheiden sich viele unpolitische Menschen am liebsten — durch Inhabehalten. Dazu kommt noch gesellschaftlicher Druck, z. B. auf breite Kreise der städtischen enteigneten Sparer, die sich immer noch mit zu den Besitzenden rechnen wollen und auf deren Einstellung ängstlich achten, um nicht als die Profiteure zu erscheinen, die sie sind. Dazu kommt der brutale Terror durch Heberwachung aller zur Wahl Gehenden, die überall in den Gutsbezirken und vielfach in Landorten und Kleinstädten wirkte, wo dem gestern Abstimmenden sofortige Bruttostrafung drohte. So ergab sich die schiefste Widerlage der politischen Meinung durch eine vereinfachte Deutung des Abstimmungsergebnisses als „Nein“. Längst nicht alle Stimmenthaltungen können eine Ablehnung unseres Gesetzes

Vorschläge ausdrücken wollen. Das wissen auch die Konjunkturpolitiker der bürgerlichen Parteien ganz genau, obwohl sie es kaum öffentlich zugeben werden. Vor einer Reichstagsneuwahl dürften sie trotz allem Triumphgeschrei gerade nach dem gestrigen Tage doch klüchtig Angst bekommen haben.

15 Millionen Stimmen für eine als „hohle politische Sozialistik“ verschrieene Sache bedeuten doch auch eine schwere Enttäuschung für die Parole des Grafen Westarp, der in der „Kreuzzeitung“ das Ziel aufgestellt hatte, die 12 1/2 Millionen des Volksbegehrens entscheidend zu vermindern. Wenn wir für ein positives Ziel 15 Millionen Wähler zusammenbringen, so wird das innerlich gerade auch den Rechtsparteien imponieren, die bei der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg nur 14 1/2 Millionen Stimmen erräthten. Ihr Appell an die Beschränkten hätte ihnen auch diesmal nicht geholfen, wenn nicht der Appell an die Angst der Abhängigen und an die Faulheit der Schlaffrigen dazu gekommen wäre. Wieviel entschlossene Gegner unserer Politik stecken denn in den Stimmhaltungen? Es sind sicherlich erheblich weniger als die 15 Millionen, die sich entschlossen für unseren sachlichen Vorschlag zur Förderung des Volkswohls und zur Entseignung der Ärksten bekennen.

Aber wenn wir auch zur Enttäuschung keine Ursache haben, und in den Blättern der Geschichte die stärkste entschiedene republikanische Willens- und Umgebung seit dem Frühjahr 1919 suchen können, wollen wir nach einem Tage wie dem gestrigen auch die Selbstkritik nicht fehlen lassen. Gerade wir in Mittelschlesien und zumal in dem vom Terror der Westkanten am wenigsten bedrohten Breslau, haben alle Ursache, der Frage nachzugehen, warum wir hier gegenüber dem Volksbegehren keinen Fortschritt gemacht haben. Ist doch die Entwicklung der Stimmen seit dem Volksbegehren fast nirgends so ungünstig als gerade bei uns. Zum Teil wird das daran liegen, daß bei der damaligen Eintragung zum Volksbegehren Breslau-Stadt und Bezirk bereits einen größeren Prozentsatz der Wähler herangeholt hatten als viele andere Großstädte und Kreise, so daß die Reserven hier geringer waren. Trotzdem steht fest, daß es auch bei uns noch tausende von Wählern gibt, die neu an die Urne zu bringen waren, wenn unsere Agitation sie nur erreicht hätte. Die Umstellung der Werbemethoden des letzten Tages durch die polizeiliche Einschränkung der öffentlichen Rundgebungen in der Großstadt hat wohl manche Schwierigkeiten gemacht, sie scheint aber doch im wesentlichen gelungen zu sein. Viel mehr als die Hornsignale und Ansprachen in den Höfen und die mit dem Papiergeld der enteigneten Volksmassen kostümierten Einzelwerber hätten auch Massen-umzüge kaum herangeholt. Dagegen scheint viel Kraft durch eine offensichtliche Systemlosigkeit des Schlepperdienstes verpulvert zu sein. Die in der Stadt Breslau gespaltene Gelbmittel für eine Abstrift der Wählerlisten hätten sich wohl eingebracht, da die systematische persönliche Heranholung manches andere Werbemittel erübrigt hätte. Doch das sind Fragen, die nun in den Organisationen selbst sachlich nachgeprüft werden müssen. Und diese Nachprüfung kann ohne alle Bitterkeit in dem Gefühl geschehen, daß immerhin die erste politische Retorikleistung der Agitation für die Republik seit 1919 hinter uns liegt. Republikanische Hingabe und jugendkräftiger Schwung des politischen Freiheitswillens breiter Kreise ist gestern in einer Weise sichtbar geworden, die uns für die Zukunft Mut macht. Wir brauchen den freiwilligen Helfern, von denen mancher seine ganze Existenz eingesetzt hat, nicht zu danken, denn sie haben für ihre eigene Sache gekämpft und in der Arbeit selbst den Lohn für ihre Leistung gefunden. Keine Stimme, die sie geworben haben, ist verloren, weil im ganzen die von der Reichsregierung geforderte Mehrheit nicht erreicht wurde. Die politischen Kämpfe der nächsten Wochen und Monate werden rasch zeigen, wie ernst die

Willens- und Umgebung der 15 Millionen genommen werden muß. In der Schweiz, die unter den europäischen Staaten wohl am längsten die Volksabstimmung kennt, hat Jahrzehnte lang damit die erwähnte Erfahrung gemacht, daß der Wähler in der sachlichen Entscheidung über ein Gesetz konsequenter bleibt als in der persönlichen Entscheidung für einen Abgeordneten oder eine Partei. Aber sie hat auch mit der Zeit die weitere Erfahrung gemacht, daß diese konservative Tendenz der Volksentscheide abnimmt, je vertrauter das Volk mit dieser Einrichtung wird. Deutschland hatte gestern seinen ersten sachlichen Volksentscheid, solange es überhaupt einen eigenen Staat besitzt. Demokratische Selbstbestimmung will gelernt sein, kein Meister fällt vom Himmel. Aber als politische Talentprobe wird der gestrige erste Versuch von der Geschichte keine schlechte Zensur erhalten.

Einzeln Orte und Bezirke aus dem Reiche.

- Bamberg (Stadt). Ja: 22 397; Nein: 1228; Wahlber.: 40 014. (Volksbeg.: 20 502.)
- Bayreuth (Land). Ja: 8767; Wahlber.: 25 458.
- Badenweiler. Ja: 12 382; Nein: 477; Wahlber.: 17 474. (Volksbeg.: 11 430.)
- Barmen. Ja: 18 050; Nein: 458; Wahlber.: 31 259.
- Bitterfeld. Ja: 2595; Nein: 114. (Volksbeg.: 2426.)
- Bochum. Ja: 10 648; Wahlber.: 21 885; Prozent: 49.
- Walterscheid. Ja: 15 822; Nein: 784; Wahlber.: 34 689.
- Bonn. Ja: 21 738; Nein: 687; Wahlber.: 49 012.
- Kassel (Stadt). Ja: 52 094; Nein: 1854; Wahlber.: 119 919.
- Kassel (Landtr.). Ja: 21 105; Nein: 766; Wahlber.: 34 230.
- Bünde. Ja: 13 952; Nein: 412; Wahlber.: 21 628.
- München-Gladbach (Stadt). Ja: 23 769; Nein: 759; Wahlber.: 73 785.
- Duisburg. Ja: 63 836; Nein: 101; Wahlber.: 161 000.
- Mülheim (Ruhr). Ja: 25 474; Nein: 688; Wahlber.: 80 623.
- Röblingen. Ja: 8850; Nein: 383; Wahlber.: 40 768.
- Erlangen. Ja: 7019; Nein: 867; Wahlber.: 35 808.
- Stuttgart (Gesamtergebnis). Ja: 115 129; Nein: 3154; Wahlber.: 236 658.
- Hellbrunn. Ja: 30 581; Nein: 1078; Wahlber.: 61 172.
- Leipzig (Stadt). Ja: 261 744; Nein: 11 574; Wahlber.: 472 000. (Volksbeg.: 239 747.)
- Münster. Ja: 76 128; Nein: 2506; Wahlber.: 129 240.
- Bielefeld. Ja: 27 130; Nein: 1007; Wahlber.: 60 755. (Volksbeg.: 25 490.)
- Eisenach. Ja: 13 812; Nein: 573; Wahlber.: 28 016. (Volksbeg.: 11 502.)
- Hildesheim. Ja: 13 834; Nein: 531; Wahlber.: 40 218.
- Darmstadt. Ja: 18 512; Nein: 808; Wahlber.: 63 308. (Volksbeg.: 17 483.)
- Herford. Ja: 9415; Nein: 384. (Volksbeg.: 8365.)
- Helmstedt. Ja: 4328. (Volksbeg.: 3347.)
- Wolfsbüttel. Ja: 4952. (Volksbeg.: 3623.)
- Harzberg. Ja: 777. (Volksbeg.: 502.)
- Halle. Ja: 53 871; Nein: 1236. (Volksbeg.: 49 406.)
- Magdeburg. Ja: 5717; Wahlber.: 16 307. (Volksbeg.: 6500.)
- Weimar. Ja: 9601; Wahlber.: 31 438. (Volksbeg.: 8000.)
- Frankfurt. Ja: 35 046; Nein: 1264; Wahlber.: 93 144. (Volksbeg.: 37 661.)
- Halle. Ja: 53 871; Nein: 1236. (Volksbeg.: 49 406.)
- Mechthausen. Ja: 10 492; Wahlber.: 24 257.
- Ostwestfalen. Ja: 34 558; Nein: 1547; Wahlber.: 53 320. (Volksbeg.: 29 575.)
- Mannheim. Ja: 80 287; Wahlber.: 155 427. (Volksbeg.: 79 510.)
- Pforzheim (Stadt). Ja: 15 035; Nein: 586; Wahlber.: 50 920.
- Wandsbel. Ja: 15 101; Nein: 648; Wahlber.: 28 300; Prozent: 53,2.
- Wahl. Ja: 103 877; Nein: 5610; Wahlber.: 227 029.
- Hagen. Ja: 23 536; Nein: 558; Wahlber.: 64 985.
- Braunschweig. Ja: 127 531; Wahlber.: 309 552; Proz.: 41,1.
- Zwickau. Ja: 23 418; Nein: 949. (Volksbeg.: 28 398.)
- Düsseldorf. Ja: 104 607; Nein: 3150; Wahlber.: 316 268.
- Bielefeld (Landkreis). Ja: 28 586; Nein: 1381. (Volksbeg.: 29 084.)
- Bochum. Ja: 52 621; Nein: 2179; Wahlber.: 129 409.
- Recklinghausen. Ja: 20 873; Nein: 680; Wahlber.: 46 862.
- Münster. Ja: 11 665; Nein: 334; Wahlber.: 57 094.
- Bünde. Ja: 42 099; Nein: 1227; Wahlber.: 88 718. (Volksbeg.: 41 615.)
- Münster. Ja: 126 193; Nein: 6807. (Volksbeg.: 96 000.)
- Köln. Ja: 23 600; Prozent: 54.
- Erlangen. Ja: 7900. (Volksbeg.: 6200.)
- Stettin. Ja: 82 702; Nein: 3337; Wahlber.: 181 688.
- Bremen. Ja: 103 895; Nein: 4146; Wahlber.: 228 365.
- König (Stadt). Ja: 139 881; Nein: 7177; Wahlber.: 452 122.

- München. Ja: 146 677; Nein: 3528; Wahlber.: 430 000. (Volksbeg.: 99 000.)
- Münster. Ja: 39 068; Nein: 1313; Wahlber.: 103 000. (Volksbeg.: 30 494.)
- Wuppertal. Ja: 36 280; Nein: 1892; Wahlber.: 74 000. (Volksbeg.: 30 843.)
- Wuppertal (Stadt). Ja: 121 848; Nein: 3904; Wahlber.: 206 000.
- Wuppertal (Landtr.). Ja: 300 954; Wahlber.: 688 581.
- Wuppertal. Ja: 110 641; Nein: 2438; Wahlber.: 212 000.
- Kiel. Ja: 58 000; Nein: 1733; Wahlber.: 144 468. (Volksbeg.: 54 680.)
- Dresden. Ja: 205 633; Nein: 7633; Wahlber.: 446 000. (Volksbeg.: 210 000.)
- Köln. Ja: 30 068; Nein: 481; Wahlber.: 50 107. (Volksbeg.: 16 588.)
- Schwerin. Ja: 3561; Nein: 345; Wahlber.: 31 323. (Volksbeg.: 6107.)
- Blauen. Ja: 25 470; Nein: 8457; Wahlber.: 74 689.
- Braunschweig. Ja: 48 188; Nein: 2626; Wahlber.: 103 000. (Volksbeg.: 40 678.)
- Dortmund. Ja: 115 780; Nein: 9514; Wahlber.: 207 700.
- Selbständigen. Ja: 57 285; Nein: 2061; Wahlber.: 122 000.

Wechsel im Staatssekretariat des Reichspräsidenten?

Im „Vorwärts“ lesen wir: In verschiedenen Blättern ist mitgeteilt worden, daß der Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner, sein Amt bald verlassen soll, um dem ostpreussischen Staatsrat beizutreten. Dr. Meißner galt bisher als ein loyal und korrekter Beamter von politischem Talent. Er hatte sich diesen Ruf in der Zeit erworben, in der er als stellvertretender Staatssekretär dem Reichspräsidenten Dr. Ebert geleistete Dienste. Seit dem Briefwechsel zwischen Ebert und Meißner ist sein Bild einigermaßen ins Schwanke geraten, da die unaufrichtigkeit ist, die er bei diesem Handel gespielt hat. Wäre es wahr, daß Meißner die Veröffentlichung dieses Briefwechsels gebilligt habe, so müßte er ins Reichstagesamt geschwenkt oder doch gegenüber den Wählern der Reichspräsidenten zu demütigen, so schmerzhaft sein, daß er als ein Aktivist für die Republik nicht mehr in Betracht käme.

Weshalb man also heute nicht genau, woran man sein Amt verliert, so weiß man desto genauer, was Herr v. G. als Staatssekretär des Reichspräsidenten zu bedeuten hätte. Herr v. G. ist ein Mann der äußersten Rechten, er steht Ostpreußen an der Spitze der rechtsradikalen Verbände. Sein Hauptquartier in das Reichspräsidentenhaus verlegt hat er in dem Augenblick, in dem Herr v. G. sein Amt dort antrat.

Herr v. G. ist ein Mann, der seinen hiesigen Amt mit dem Reichspräsidenten, als sie den gänzlich unpolitischen kaiserlichen Feldmarschall in die Stellung des höchsten Kommandanten der deutschen Republik hineinschoben. Das Präsidentenhaus wäre dann ein vorgeführer Posten der aktiven republikanischen Front, und der Kriegszustand zwischen ihm und der republikanischen Mehrheit des Volkes würde sich dauernd erhalten. Welche Ausichten sich daraus für das innere politische Leben Deutschlands ergeben, möchten wir zunächst nicht ausmalen.

Die Organisation des Enquete-Ausschusses

Im Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft haben sich jetzt sämtliche Unterausschüsse in folgender Weise konstituiert: Ausschuss für Agrarwirtschaft: Vorsitzender Reichsminister a. D. Dr. Schuler, stellvertretender Vorsitzender Reichsminister a. D. Dr. Hermann, Generalsekretär: Vorsitzender Reichsanwalt Hammer, stellvertretender Vorsitzender Staatssekretär a. D. Professor Dr. Müller, Berichtsführer Geheimrat Dr. Bücher und Professor Gullenburg; Ausschuss für Arbeitsleistung: Vorsitzender Professor Dr. Heyde, stellvertretender Vorsitzender Tarnow; Ausschuss für Geld- und Finanzwesen: Vorsitzender Dr. Hilferding, stellvertretender Vorsitzender Dr. Deubner, Berichtsführer Staatssekretär a. D. Dr. Bergmann und Chefredakteur G. Bernhardt; Allgemeiner Ausschuss: Vorsitzender Professor Dr. Harms.

Zwei neue Ehrenbürger hat der Magistrat von Berlin ernannt. Es handelt sich um den Genossen Hugo Heimann, den langjährigen Stadtverordnetenvorsitzer der Reichshauptstadt und als Reichstagsabgeordneter Vorsitzender des Hauptausschusses, sowie um den Alterspräsidenten der Berliner Stadtverordnetenversammlung, den Demokratenführer Berling.

Maizena für Kinder

das Nährmehl

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Gaine

81]

Trotzdem man der Kolonie Armut und Elend von weitem ansah, schlug den Schiffbrüchigen doch das Herz, als sie wieder Menschen und menschliche Wohnstätten vor sich sahen. Als die Jäger merkten, daß Adam sie auf diese oder andere Weise verschaffen konnte, zeigten sie ihm vor dem andern dadurch aus, daß sie ihm um den Hals fielen und ihn, stäubigen Brause genötigt, küßten, indem sie vermuteten, daß er einer aus ihrem eigenen Volke sei, der vielleicht in früher Jugend fortgegangen war.

Diese Begegnung nun förderte die Reife von Adams Gesellschaft und hemmte sie zugleich. Das Fieber war, daß die Jäger ihnen zwölf Bunties von der kleinen Rasse, an der jene Gegend überflutet hat, verkauften und sich erboten, einen Jäger mitzuführen, der sie auf dem nächsten Wege nach der Hauptstadt bringen sollte. Die Bunties liefen ihnen vierzig Kronen — etwas mehr als zwei Pfund das Stück — und der Jäger sollte zwei Kronen täglich bekommen. Nur ungern verstanden sich die Leute zu solch großer Ausgabe — denn es war alles, was sie hatten. — Aber Adam mußte ihnen beibringen, daß das Geld ja doch keinen andern Wert habe, als ihnen aus der Not zu helfen.

Das Fieber war, als sie sich vor einem auf den Weg machten, eine Frau mit einem Kind auf den Armen hinter ihnen herlief, und sie anriefen, sie mitzunehmen. Eine mehr zu erfahren, als daß sie verstanden und allein sei, gab Adam den Befehl, sie mit ihrem Kinde die Karre bestiegen zu lassen, die nur ihnen herbeigeführt wurde.

Nach einer Stunde wurden sie von einem Manne eingeholt, der behauptete, die Frau habe das Kind gestohlen. Es sei sein Kind, und er komme, es zurückzugeben. Die Frau gab zu, daß der Mann des Kindes Vater sei und er sagte, daß er nur gezwungen habe, aus einem Sog zu bekommen, auf den er keinen Bescheid zu setzen könne, und sie, nachdem sie ihm dieses Kind gebracht, aus dem Hause gejagt habe, daß sie davon aus Scham nicht nach dem Kleinen, von dem sie so großmütig getrennt worden, sich in das Haus geschleichen, das Kind genommen habe und weggenommen. Als Adam diese Geschichte hörte, antwortete er, daß wenn die Götter des Landes einen Vater erwecken, so gegen die Mutter keiner Kinder zu handeln, dies unaufrichtige Geheiß seien,

die keines Menschen Gehorsam verdienen. Er beschloß die Frau zu beschützen und sie mitzunehmen. Dem Mann blieb nichts übrig, als ungedulden.

Die Weiterreise durch die letzte Ebene verlief unter viel Entbehrungen und Mühseligkeiten. Zwei von der Gesellschaft erkrankten und mußten in einem Bannschloß zurückgelassen werden, wo die Leute gütig und freundlich waren und versprachen, sie zu pflegen, bis sie ihren Gefährten zu folgen vermöchten. Als ein schwerer Schlag wurde von allen die Krankheit und der Tod des Kindes empfunden. Die rasche Seelenruhe des kleinen Bürgechen lag still, und als alles nichts half, betrauerteten sie seinen Verlust wie ein Unglück, das sie alle getroffen. Die Mutter weinte wie außer sich, und die Jäger in ihrer Seelenruhe trauerten und weinten über den Tod des Kindes, das er in die Wüste geführt, wo es zu liegen. In der Nacht, nachdem das Kind zur letzten Ruhe gebettet worden, verfiel ihm die Frau und wurde nicht wieder gesehen.

Am nächsten Morgen wurden sie von einer Anzahl berittener Männer eingeholt. Einer derselben war des Weibes Gatte. Mit ihm waren einige Knechte und der Richter der Gegend. Sie forderten Adam auf, das Kind auszuliefern. Als er aber erklärte, es sei gestohlen und keine Mutter selber verschwand, würde sich der Vater mit keinem Richter auf ihn gestürzt und ihn ermordet haben, wenn nicht der Richter eingegriffen hätte. Aber auch er bestand darauf, daß Adam sich dem Richter stellen und wegen Diebstahls verurteilt werden müsse.

Dies ließ sich jedoch Adams Mannschaft nicht bieten, und es wäre zu einem Handgemenge zwischen den neun handfesten hiesigen Seelen und den zehn kühnlichen Jägern gekommen, wenn Adam es nicht verhindert hätte. All dies war aber nicht einmal nötig — der Richter machte keine Miene, den Gefangenen mit sich zu führen. Er beschrieb ein Papier mit Adams Namen und Zeichen und übergab es diesem, mit der Bitte, seinen Weg fortzusetzen und sich bei den Behörden des nächsten Distrikts zu stellen. Dann ließen die guten Leute wieder um, ohne auch nur im leinsten daran zu zweifeln, daß der Befehl nicht ausgeführt werden würde.

Natürlich löschten Adams Leute über diese Angelegenheit und Einfall nach vielen gut Bemerkungen des barmherzigen Richter, der einzigen Jäger gegen Adam. Adam aber erklärte, er sei gerührt durch die einfache Deutlichkeit dieses Ritters, das daran glänze, ein Mann gebe freiwillig das Gezügeln, und wolle dieses Verhalten nicht durch irgendwelchen Betrug täuschen. Er beschloß dem

Jäger, sie dorthin zu geleiten, wohin sie gemessen worden waren. Noch am gleichen Abend erreichten sie den Ort und Adam stellte sich dem Richter. Doch dieser war, wenn möglich, noch einflüchtiger als der erste. Denn als er nach den Papieren fragte und Adam dieselben nicht mehr fand, obwohl er in allen Taschen suchte — Tod, einer seiner Leute, hatte sie ihm heimlich entwendet und vernichtet — da schlug er es rühmweg ab, den Mann in Haft zu behalten. So blieb dem „Gefangenen“ nichts übrig, als seiner Wege zu gehen. Seine Leute hörten mit Freuden und Gelächter den Abzug des Abenteuerers an. So endete der Zwischenfall ganz friedlich und hatte doch seine schlimmen Folgen. Einmal die: Der Ort, an welchem der Distriktsrichter wohnte, lag drei Meilen abseits von der Straße, welcher der junge Adam mit Joegas Leuten nach Michael Sunlocks Wohnung folgen sollte. Darum verfiel sie sich, soeben: Jonas, der Richter, nach einer Stunde, bevor sie bei dem Richter anlangten. Er hatte sich als Träger und eigenwilliger Bürge gezeigt und täglich keinen Lohn verlangt. Nun, da er Adam sich von der Gesellschaft trennen sah, zog er den Schwanz, daß mit dem Beurteiler aus der Beurteilung der Gesellschaft nachwände. Er hatte freilich die Wege gut gekannt, und erst als die Gesellschaft ohne ihn sich beschließen mußte, fühlten sie, wie schwer es sei, in dem weichen Sand nicht zu verrennen und stiegen an, weilsch über den treulosen Keel zu schimpfen. Adam aber sprach ihnen Mut zu: „Laßt uns auf Gott vertrauen. Er wird uns retten.“

Und so war's. Am folgenden Tage konnten sie einen Mann, der die Stelle des Führers übernahm. Es war ein Weiser, ein sehr gelehrter, aber armer Mann. Er sprach lateinisch, und Adam bemühte sich, ihm in seinem unvollkommenen Latein zu antworten. Sein Häuschen stand ganz allein neben der hölzernen Kirche und sah von außen wie ein kleiner Grastrog aus, kaum höher als ein großer Mann. Innen war es niedrig, dunkel, ungesund und geruchlos. In dem Zimmer, wachte die Seeleute gelächelt wurden, wickeln vier kleine Kinder, eine alte Frau kann und eine jüngere, des Herrers Weib, wachte. Dies war der Wohn- und Schlafraum, das Geburts- und Totenzimmer der ganzen Familie. In einem zweiten Raum, wachte der Richter Adam dann führte, war der Fußboden mit Säulen, Kugeln, Säulen, Wandstelen und Decken bekrönt, und die Wände waren mit Bilderrollen bedeckt, auf denen man solch einen Band in altgötlicher Schrift fand. Dies war die Werkstatt und das Schlafzimmer, wo der gute Pastor die langen dunklen Winterstage verbrachte.

Räumungs-Verkauf

20

Extra 20% Rabatt

Wegen Um- und Ausbau unserer Geschäftsräume in diesem Hause
gewähren wir vom **21.-30. Juni** bei kleinen Preisen und
größter Auswahl **20% Ausverkaufsrabatt** und außerdem einen

mehrmonatlichen Kredit

1/4 Anzahlung, Restbetrag in **6** bequemen Monatsraten
Qualitätswaren in allen Formen, Farben und Stoffarten.

Beamte und Angestellte in sicherer Stellung erhalten unsere Waren

ohne Anzahlung

Kaufe gleich, zahle später. :: :: Jeder Kauf ist streng diskret.

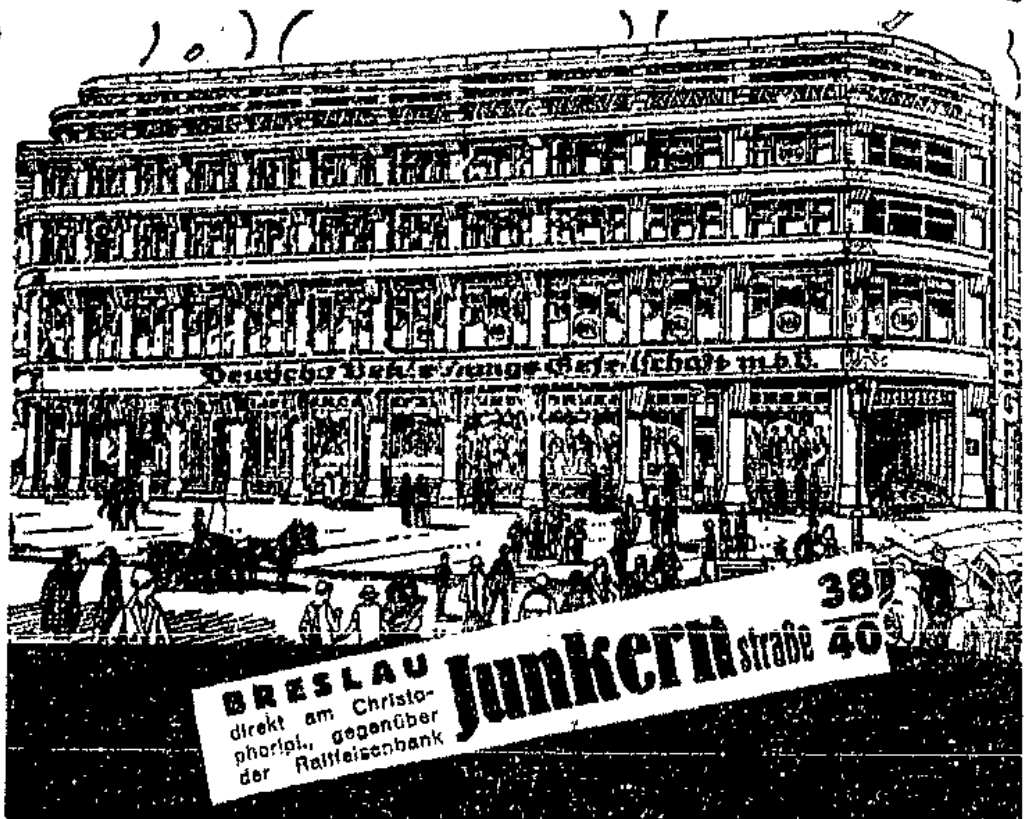
Damen-Moden Herren-Moden Maß-Abteilung

Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider,
Blusen, Röcke, Wasch-Kleider,
Capes-Complete, Ripas, Gummi-
und Lodenmäntel, Sport-,
Backflach- und Kinder-Bekleidung

Herren-, Bürcchen- und Knaben-
Anzüge, Bast-Anzüge, Läger-
Jackette, Sommer-Paletots, Fracks,
Smokings, Tarr-Anzüge, Gummi-
v. Lodenmäntel, Windjacken, Hosen

für Damen und Herren
Deutsche und original englische
Stoffe unter Garantie für guten
Sitz und beste Verarbeitung.
Spezialität: **Sportbekleidung**

Deutsche Bekleidungs-Ges. m. b. H.



BRESLAU
direkt am Christo-
phorpl., gegenüber
der Reichsbank

Junkerstraße 40

Statt besonderer Meldung.

Am 19. Juni, abends 6 1/2 Uhr, verschied sanft nach
unendlich qualvollen, mit großer Geduld ertragenen
Leiden mein inniggeliebtes, selten gutes Weib, meine
herzensgute, nimmermüde Mutter, unsere stets hilfs-
bereite Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Frau

Auguste Hübner

geb. Vieback

einen Monat vor ihrem 52. Geburtstage.

In unsagbarem Weh

Breslau, den 19. Juni 1926

Gabitzstraße 130, Ecke Menzelstraße

Der tiefgebeugte Gatte

August Hübner, Gastwirt

verw. Hede Fiedler als Tochter.

Beerdigung Mittwoh, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr von der
Kapelle des Gabitzer Friedhofes aus.

Am 17. Juni verstarb die Ehefrau unseres werten
Kollegen Ramfeld

Frau Klara Ramfeld

im Alter von 69 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Beteiligten der Freiwilligen Beerdigungskasse

des Fahr- u. technischen Personals der Stadt. Straßenbahn.

Beerdigung: Montag, nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle in Cosel nach dem St. Paulus-Friedhof.

Am 17. Juni verstarb die Frau unseres Kollegen

Frau Selma Schmidt

im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Freiwilligen Begräbnis-Zusatzkasse

der Feinstadt der Firma G. Trauberg.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der
Halle des St. Salvator-Friedhofes.

Druckerei Volkswacht Ausführung
Breslau 2 **Flurstraße 4/6**

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschranks! Lernet die
Weltsprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

DIE FREUDE DES KINDES

140 Kinderlachen
in allen Geschäften

SCHWARZ

Neu aufgenommen:

Yoghurt und Kefyr.

**Schlesisches
Landesorchester**
Morgen Dienstag, 4 Uhr:
Nachmittags-
Südparkkonzert
Leitung: Schälzer. — Eintritt 30 Pf.

Zurückgekehrt!
Sanitätsrat
Dr. Brumme
Moltkestraße 11.
Sprechst.: 8-10 u. 3-5 Uhr.
Telefon: Ohle 502.

Bitte bei allen Ein-
käufen stets
die Inserenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Bei aufgel. Geschäft
einige Garbazine, Anzüge
29 Pf., Brochesohlen 4.50,
Stoffhosen 1.50 Pf. verkauft
Bitterstraße 14, 2. Stg., 1.

Bekanntmachung.
Pfänder-Versteigerung am Donnerstag, 24. Juni,
vormittags 9 Uhr:
rote Scheine bis Nr. 71500
weiße Scheine bis Nr. 11000.
Verlängerungen werden nur bis zum 21. Juni
angenommen.
Vom 23. Juni mittags 1 Uhr ab bis zum
25. Juni mittags 1 Uhr ist das Leihhaus für An-
nahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.
Städtisches Leihhaus,
Meißergasse 9, Ecke Stodgasse. 12385

**Kein Fest ohne
Feuerwerk!**
Feuerwerkskörper, Fackeln, Bengallampen
Eigene Fabrikation. Lampen, Föhnrohre usw.
Fachmännisches Abbrauen von Feuerwerken
liefert billigst die größte Spezialfirma
B. Jakubowicz Breslau 8
Vorwerkstr. 12

Inserate erzielen in unserer Zeitung
— den größten Erfolg! —

Stadt-Theater.
Montag abends 7 Uhr:
„Lohengrin“
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
„Carmen“
Mittwoh, abends 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“

Lobethheater
Seiffingstr. 8, Tel. Nr. 6774
Montag, Dienstag,
abends 8 Uhr:
Reidhardt v. Snelkenau

Thalia-Theater
Schwerstr. 3, Tel. Nr. 6700
Montag abends 8 Uhr:
Gastspiel der
Haas-Berkow-Spieler
„Der Revisor“
Dienstag abends 8 Uhr:
Gastspiel der
Haas-Berkow-Spieler
„Der Sturm“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 37 460.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenrevue!
„Annemarie“
Sonntabend, den 26. Juni,
abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
„Die verkaufte Braut“
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Lene, Lotte, Piele,
Josephines Töchter.“

**Lieblich-
Theater**
Telefon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Der große Revue-Erfolg
Was 12331
Frauen
träumen!
Zeitgemäß billige Eintritts-
preise von 0.75 RM. an.

Schneefestel, 2-10 Pf.
Lippert, Gehrichtstr. 16.

Täglich bis 27. Juni, von mittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannistfest

mit „Alt-Breslau“

Heute: **Gau Breslau des Deutschen Schwimmverbandes 6-6 1/2 Uhr: Trodenschwimmen**
Amateurboxverband: Boxwettkämpfe

Dienstag: Ballonaufstieg, Faust- und Schlagballspiele der Leichtathletiker.
Ein Auto u. vieles andere für 20 Pf. Kaufen Sie die Lose der Sportlotterie auf dem Festplatz.

Gemütliche Wege trotz Regens in bester Verfassung. Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. An Sonn- und Feiertagen Erwachsene 50 Pf.,
Kinder 20 Pf. Dauerkarten-Verkauf bei Gebr. Barock, 1. u. 1. u. Die „Johannistfest-Zeitung“ mit dem gesamten Sport- und Festprogramm ist zum
Preis von 20 Pf. bei allen Zeitungs-Händlern zu haben. — Auswärtige wollen die Fahrtvergünstigungen der Reichsbahn während des Johannistfestes benutzen.

Am 16. Rebellien versammlung: Graf Zimmer, für die Anzeigen: Max Todek. — Redaktion: Friedrichsplatz 1. — Druck und Verlag des „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Die Einzelergebnisse aus Breslau

Table with 24 columns: Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig, Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig, Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig, Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig, Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig, Wahlbezirk, Ja, Nein, Ungültig. Rows 1-62.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Juni.

Gesamtergebnis von Breslau-Stadt.

Beim gestrigen Volksentscheid betrug die Zahl der Wahlberechtigten in Breslau 400 289. Hierzu treten 1239 Personen, die mit Wahrscheinlichkeit wählen. Im ganzen wurden 167 734 Stimmen abgegeben, davon auf

Ja 153 650
Nein 10 269
Ungültig 3 815

Nach der Schlacht.

Die Fürstentumskräfte haben für ein paar Tage die Genugtuung, daß „jeder das Seine“ erhält. Der Volksentscheid ist zuungunsten unserer Auffassung ausgefallen, statt 20 Millionen haben nur 15 Millionen für die restlose Enteignung der Fürsten gestimmt. Das Unangenehme liegt nur darin, daß die Fürsten ihr Geld nicht bekommen, ohne daß die anderen es bezahlen, und Michal wird gehörig tief in seine leeren Taschen greifen müssen, um sein letztes Hab und Gut für den fliehenden Holländer und seine Kumpane zusammenzukramen. Andererseits steht aber auch heute schon fest, daß den Fürsten der volle Raub am Volke nicht glücken wird. Unsere Partei hat von vornherein nicht alles auf die eine Karte des Volksentscheides gesetzt, sie hat außerparlamentarisch auf die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hingearbeitet, zugleich aber die Möglichkeit eines parlamentarischen Kompromisses nicht außer acht gelassen. Für ein solches Kompromiß fällt nun ins Gewicht, daß nicht nur 12 1/2 Millionen, sondern 15 Millionen den Fürsten überhaupt nichts geben wollen, und daß diese 15 Millionen bei einer Reichstagsauflösung die parlamentarische Lage beträchtlich verändern würden. Der Kampf ist mithin noch nicht zu Ende, und die Schar unserer kampferprobten Genossinnen und Genossen muß weiter dauernd auf dem Posten bleiben.

In Breslau haben wir das wenig erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß die Stimmenzahl um zweitausend hinter den Eintragungen zurückblieb. Das ist zum Glück eine Ausnahmefeststellung für das Reich, um so schlimmer aber wird dies von uns selbst empfunden. Hier muß ein organisatorischer Mangel überwunden, es hätte doch wohl mit abgehörten Wahlkreisen gearbeitet und nachmittags nach diesen geschleppt werden müssen. Viel Stimmen hat uns auch der zeitige Wahlabschluß gefehlt, denn am Morgen legte das Wahlgelächter nur zögernd ein, am ganzen

Vormittag war in den Abstimmungslokalen nur wenig zu tun, während gegen 3 Uhr nachmittags Hochbetrieb einsetzte, der auch bis gegen Schluß der Wahl anhält. Der schöne Morgen nach langem schlechten Wetter mag viele zu Ausflügen ins Freie gelockt haben, die erst am Nachmittag zurück waren, und vielen wird vielleicht das sonntägliche Vergnügen mehr gegolten haben, als ihre Pflicht an der Partei und am arbeitenden Volke. Auch hier gilt es, innerhalb der Organisation nachzusehen und strenger auf politische Pflichterfüllung zu achten. Laufende pflichterfülliger Genossinnen- und Genossen haben gelangt Zeit und Geld und Nachtruhe geopfert, um den Volksentscheid zu einem Siege für die Partei zu gestalten, also durfte gestern auch von allen anderen unter den Partei- und Gewerkschaftsgenossen wenigstens der Weg zur Wahl gefordert werden.

Im ganzen heißt es heute, wie nach jedem Siege und jeder Niederlage: Schließt die Reihen fester! Die politische Organisation muß weiter ausgebaut werden, vor allem aber muß die Parteipresse eine viel weitere Verbreitung finden. Gegen die Massenverdrummung des Volkes durch die Generalanzeigerpresse helfen die gelegentlichen Flugblätter vor den Wahlen allein nicht. Auch hier muß nachgesehen werden, vor allem in den Gewerkschaften, daß sich das Leserverhältnis für unsere Presse weiter bessert. Gewiß ist in bezug auf Agitation für die „Volkswacht“ besonders in letzter Zeit vieles geleistet worden, wofür wir den Genossinnen und Genossen dankbar sind, aber noch mehr bleibt zu leisten, um weiter vorwärts zu kommen.

Im ganzen hat die gestrige Wahl wohl hochgespannte Hoffnungen und Erwartung geweckt, im Grunde aber wußte niemand, was der Volksentscheid bringen würde. Daß er uns 15 Millionen Stimmen brachte, ist durchaus kein Mißerfolg. Die ganze schwarz-weiß-rote Reaktion hat bei der Hindenburgwahl keine 15 Millionen, sondern eine halbe Million weniger aufgebracht. So steht das wahre Stärkeverhältnis im Reiche aus. Darum unverdrossen weiter in Kampf und Arbeit für die Partei! Die 15 Millionen sind ein innerpolitischer Faktor, der wirksam werden wird.

Stadterordneter und Stadträte.

Dienstag, abends 8 Uhr, Fraktionsitzung im Gewerkschaftshaus.

Stahlhelmrüpel in Breslau

Leisteten sich gestern früh etwa 9 1/2 Uhr am Abstimmungsorte Sedowa, Cde. Fächenträger eine Unverschämtheit, indem sie kurz vor dem Eintritte der Wahlberechtigten mit Stöcken einschlugen. Als die Polizei zur Stelle war, nahm sie nicht etwa das Stahlhelmschindel, sondern die Gefährten fest und brachte sie zur Kasse.

Ungültige Stimmen

hat es bei der gestrigen Wahl mehrfach gegeben, weil die Wähler ihre Wahlzettel mit allerhand Bemerkungen versehen hatten. In einigen Fällen sollen Zettel für ungültig erklärt worden sein, weil Wähler statt eines Kreuzes Ja in den Kreis geschrieben hätten. Solche Stimmen sind unseres Erachtens gültig und sind in anderen Bezirken auch als gültig gezählt worden. Im Stimmbezirk 272 wurde in einem Umhlag folgender Zettel gefunden: „Einen schönen Gruß an die deutschen Nationalen und völkischen Hauswirte. Anbei ein Geschenk von 50 000 000 Mark (Inflationsscheine beigelegt) an Wilhelm II., mit der Bitte, um Zustimmung in der „Schlesischen Zeitung“. Der Wahlvorstand wird ersucht, dieses weiterzugeben.“

Die Gutgeheinten haben wiederholt ihre Zettel mit der wilhelminischen Parole: „Suum quibus“ geziert. Sie vergaßen nur oder wußten nicht, daß er nicht das Seine, sondern das Unsere verlangt.

Straßenzwischenfälle

hat es gestern nur wenige gegeben. Aus Carlomitz wird eine kleine Schlägerei zwischen Stahlhelm und Kommunisten gemeldet, wobei das zu Hilfe gerufene Reichsbanner die Streitenden auseinanderbrachte. Nach einer weiteren Meldung kam es in den Nachmittagsstunden vor der Oberrealschule auf dem Lehm-damm zu Schlägereien, wobei ein Arbeiter so schwer verletzt wurde, daß er im Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Banzertreuzer „Botemlin“.

Heute letzter Tag! Vorführungen 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr, 4 1/2 Uhr für Erwerbslose mit Ausweis nur 25 Pf. Sonst Einheitsplatz 50 Pf.

Ein Verbot aller öffentlichen Umzüge

war vor der Polizei für den gestrigen Wahlnacht erfolgt. Die Begründung war, daß am Freitag bei Umzügen und Fahrten von Propagandaautos verschiedene Zusammenstöße vorgekommen wären, bei denen auch die Polizei angegriffen und ein junger Mann durch zwei Leihwaffen verletzt wurde. Die Schüsse sind von zwei verschiedenen Schützen abgegeben worden, von denen einer verhaftet wurde.

Durch das Verbot der Umzüge sollte die Sicherheit der Wahlhandlung gewährleistet werden. Leider hat dafür aber unter der Beschränkung der Propaganda auch die Wahlbeteiligung gelitten, die sonst höher höher gewesen wäre.

Schwarz-Rot-Gold im Rundfunk nicht bekannt?

Gestern abend 9 1/2 Uhr gab die Sonderstelle des Breslauer Rundfunk die ersten Abstimmungsresultate aus dem Reiche bekannt. Während der Wiedergabe eines Stimmungsbildes über den Abstimmungstag in Berlin bemerkte der Sprecher: „In Hinsicht auf ein dort nicht regelmäßig tätiges Herr...“

Gewerkschaftsbewegung.

Verbandstag der Buchdrucker.

Heute beginnt in Berlin der 18. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Die Organisation hat sich aus kleinsten Anfängen zu einer der größten in Deutschland entwickelt. In jeder Weise der Bildungsvorbereitung der Deutschen Buchdrucker. Dieser Verband erfreut sich eines stetig wachsenden Zustandes.

Die Mittelgliederzahl bewegte sich in den Jahren 1920 bis 1922 von 72 000 auf 75 000. Der letzte Stand wurde während des Jahres 1923 erreicht. Infolge ununterbrochener Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe waren damals die Mitglieder gezwungen, in andere Berufe überzugehen. Das Jahr brachte eine gute Konjunktur und damit auch wieder beträchtliches Anwachsen des Mitgliederstandes, so daß am 31. Dezember 1925 rund 79 000 Mitglieder

mit wurden. Die am 1. Oktober 1920 gegründete Lehrlingsabteilung entwickelte sich gut, war aber ebenfalls den schwankenden Wirtschaftslagen unterworfen. Etwa 11 000 Lehrlinge gehören gegenwärtig der Lehrlingsabteilung an. Die technische Fortbildung der Lehrlinge wird durch den Verband der Deutschen Buchdrucker in jeder Weise gefördert. Dieser Verband erfreut sich eines stetig wachsenden Zustandes.

Die Fessel des Tarifvertrages sucht man ebenfalls zu brechen. Der Anbruch auf Urlaub ist tarifrechtlich gesichert und doch weigern sich Unternehmer in vielen Fällen, Urlaub zu gewähren und zu bezahlen. Mißstimmungen sind erklärt, wer keinen Anspruch geltend macht, hat die Entlassung zu gewärtigen. In keinem eigenen Aufwande läßt der Unternehmer seinen Sparmaßstab wackeln. Oft wird ein Luxus getrieben, der geradezu aufreizend wirkt. Hier besteht sehr gut die Möglichkeit, zur Entlastung des Betriebes beizutragen. Daran hat man aber kein Interesse. Die Kosten mag nur der Arbeiter tragen.

So werden die Arbeiter „abgefunden“.

Die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke Düsseldorf gehörenden Rheinischen Stahlwerke, Abteilung Hilden, haben am Freitag annähernd 400 Mann der Belegschaft ihres Hüttenwerkes entlassen. Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig 1000 Arbeiter. In nächster Zeit sollen noch weitere 200 Arbeiter zur Entlassung kommen. Mit den übrigen soll der Betrieb voll durchgeführt werden. Gleichzeitig hat die Hüttenwerke Bergwerks-Gesellschaft, Hüttenwerkes Düsseldorf-Eltern, etwa 300 Arbeiter entlassen.

Die Arbeiter erhalten auch in Rußland ihre Löhne nicht rechtzeitig.

Nach einer Notiz im russischen Gewerkschaftsblatt „Trud“ ist in letzter Zeit bei einer Reihe von Metallbetriebsbetrieben die Auszahlung der Löhne nicht rechtzeitig erfolgt. Es ist so weit gekommen, daß die russischen Gewerkschaften die Löhne bei den ordentlichen Gerichten eintragen. Besonders häufig sind diese Fälle in der mechanischen Industrie, in der Zuderindustrie und in der chemischen Industrie, sowie in der Flugzeugindustrie. Die Gründe dieser Erscheinung liegen darin, daß die Industrien sich über ihre Aufnahmefähigkeit mit Rohstoffen eingebildet haben, die jetzt als festes Kapital auf Lager liegen, während das Betriebskapital fehlt. Außerdem liegt eine Überproduktion oder zu teure Produktion an Fertigfabrikaten vor, so daß auch keine Rohstoffe durch den Absatz in die Industrie hineinfließen.

Wirtschaft.

Abbau der Vertikalkonzerne in der Montanindustrie.

Der Montantrust hat bald nach seiner Gründung durch den Ankauf großer Teile des Sümmontanzerns, der Charolenthielle und der überreichlichen Alpine-Montan-Gesellschaft seinen Umfang erweitert. Um so mehr Aufsehen erregen die Berichte, denen zufolge die Vertikalkonzern die in seinem Besitz befindlichen Werke für die Eisenverarbeitung abzubauen beabsichtigt, ja, daß auch die anderen Großkonzerne der Schwerindustrie dem Verband nacherwartenden Industrie (Woi) das gleiche Angebot hätten. Diese Nachrichten bedürfen noch der Bestätigung. Wenn sie zutreffen, so würden wir uns einer höchst beachtenswerten Zersplitterung gegenübersehen: dem Abbau der Vertikalkonzern in der Montanindustrie und damit der Rückgängigmachung einer Entwicklung, die bereits vor dem Kriege stark hervorzugetreten und nach dem Kriege in seinem Fortschritt gehindert wurde. Die in der letzten Zeit durchgeführten Zusammenschlüsse waren in Deutschland (im übrigen auch in den Vereinigten Staaten) überwiegend horizontale, welche Produktionsfunktionen gleicher Natur bzw. an der gleichen Produktionsstufe zusammenfaßten. War der mächtigste Antrieb zur Errichtung von Vertikalkonzernen die Beschaffung der Rohstoffe, so erfolgte die Gründung von Horizontalzusammenschlüssen im Zeichen der Rationalisierung der gleichartigen Produktionen, um die Massenfabrication durch Typisierung und Serienherstellung unter zentraler Leitung zu ermöglichen. In dem Maße, als Kreditnot und Abhängigkeitsverhältnisse die Rationalisierung der Produktion nötig machten, stieg die Zahl der horizontalen Zusammenschlüsse auf Kosten der vertikalen. Trotzdem wirkt es überraschend, wenn nun aus dieser Entwicklung die Folgen derart gezogen werden, daß nach erfolgten horizontalen Zusammenschlüssen der Montantrust die weiterverarbeitenden Betriebe auszuheben soll. Geniebt doch gegenwärtig die in einem Großkonzern befindliche verarbeitende Industrie, welche ihre Rohstoffe nicht zu teuren Spezialpreisen, sondern direkt vom Konzern geliefert bekommt, gegenüber der unabhängigen weiterverarbeitenden Industrie einen großen Nachteil. Auf den ersten Blick sieht man schwer den Grund, weshalb der Montantrust und die anderen Großkonzerne auf diese Vorteile verzichten sollen. Was veranlaßt, soll durch diesen Entschluß das grundsätzliche Einverständnis der verarbeitenden Industrie mit der Zoll- und Kartellpolitik der eisenverarbeitenden Industrie erkaufte werden. Die verarbeitende Industrie soll für diesen Preis gegen das Einfuhrmonopol der Rohstoffgemeinschaft für französisches Eisen, gegen die Schaffung des internationalen Eisenkartells gegen die hohen Zölle usw. keine Einwendungen erheben. Mit dieser Begründung wurden auch die Exportvergütungen der verarbeitenden Industrie, die kürzlich in harten Gegenmaßnahmen seitens der Vereinigten Staaten geführt haben, gewahrt. Es ist nicht unmöglich, daß, wenn auch andere Länder ähnliche Dumpingfälle einführen, das System der Exportvergütung aufgegeben werden und dafür der verarbeitenden Industrie ein anderer Ersatz gegeben werden muß. Theoretisch steht aber die Sache mit dem Abbau des Vertikalkonzerns so: entweder Abbau der verarbeitenden Betriebe oder aber vollständige Auflösung der noch unabhängigen Wirtschaft nicht abgebaut, so bedeutet dies bei fortwährender nationaler und internationaler Kartellierung der eisenverarbeitenden Industrie, daß die noch unabhängige verarbeitende Industrie früher oder später unter die Räder kommen bzw. ihre Selbstständigkeit aufgeben muß. (Im System der oben erwähnten Exportvergütungen werden im übrigen Veränderungen geplant, welche in derselben Richtung wirken müssen.) Dann würde eine beschränkte Anzahl von Konzernkonzernen entstehen, wobei aber der gegenwärtige Vorprung der Konzernwerke gegenüber den unabhängigen, weil diese ja existieren aufhörten, verschwinden würde. Bei einer Abschaffung müßte dann der Großkonzern das ganze Risiko tragen, während bei Bestehen von hundertun unabhängigen verarbeitenden Unternehmungen das Risiko weitgehend auf letztere überwälzt werden kann. Die eisenverarbeitende Industrie wird in einer solchen Lage immer die Nachteile haben, weil sie eben die Grundstoffe für die Verarbeitung erzeugt und den Stück Preis nationaler und internationaler Kartelle genießt, während die Kartellierung in der verarbeitenden Industrie infolge der Monopolstellung ihrer Produkte auf große Gewinne führt. Unabhängig davon werden die Gewinne des Montantrusts durch die Abschaffung sinken. Es ist aber auch möglich, daß es aus der Kartellierung der verarbeitenden Industrie gelernt haben und die Kartellierung nicht durchweg notwendig ist gegenwärtigen vertikalen Konzerngebilde, die, wie wir gesehen haben, unbedingt zu einer noch weiteren Ausdehnung führen müßte, überpartnen wollen. So dürfen wir wohl annehmen, daß die die Grundstoffe der verarbeitenden Industrie, die Schließung des Systems der Exportvergütungen und die Angst vor einer weiteren unangenehmen und ihre Kartellierung überbesonderen Aufklärung in der Tat zum Abbau der Vertikalkonzern bei gleichzeitiger Kartellierung der horizontalen

Die „Preiskamera“ wird geschlossen.

Die Klagen der Landwirtschaft über das Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte zu Ungunsten der ersteren, d. h. über das Auffrischen der Preiskamera, waren in der Nachkriegszeit lange Zeit hindurch begründet. Anfang 1925 hat sich zwar durch die künstliche Preiserhöhung des Getreides die Preiskamera geschlossen, dann aber öffnet sie sich wieder, wenn auch nicht in dem Umfang wie in den vergangenen Jahren. Im laufenden Jahr hat sich dagegen eine Preisbewegung geltend gemacht, die dahin führte, daß die Preise für Industrieprodukte in dauerndem Sinken, die Preise für landwirtschaftliche Produkte in dauerndem Steigen begriffen sind. Die Indexnummern des Statistischen Reichsamtes betragen:

	Industrie- rohstoffe	Agrar- erzeugnisse
am 24. Februar	129	111,5
am 24. März	127,6	114,4
am 30. April	124,5	122,5
am 28. Mai	123,8	122,8
am 2. Juni	123,8	123,8

Am 2. Juni war also die Preiskamera so gut wie geschlossen, das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte war ebenso hoch wie das der Industrieprodukte. Die Preisentwicklung für Industrieprodukte ist das Ergebnis der industriellen Krise, zum Teil auch der Rationalisierung der Industrieproduktion; die Preissteigerung der Agrarerzeugnisse ergab sich aus der jüngst erfolgten Befestigung der Getreidepreise. Die Preise für tierische Produkte standen bereits in den Jahren 1924/25 durchweg erheblich höher als die Preise für Industrieprodukte. Die in letzter Zeit erfolgte Preisentwicklung von tierischen Produkten ist eine saisonmäßige Erscheinung, ohne welche der Preisstand für Agrarerzeugnisse heute bereits höher wäre als der für Industrieprodukte. Bei Berücksichtigung der Tatsache, daß in diesem Jahre die Mengen der Agrarerzeugnisse, vor allem des auf den Markt gebrachten Getreides, erheblich größer waren als im vergangenen Jahr, ergibt sich, daß die Landwirtschaft, was ihre Geldeinnahmen anbelangt, nicht schlechter gestellt war als die Industrie. Eher könnte man das Gegenteil behaupten.

Eine Verlängerung der Zollermäßigung.

„Laut „Vorwärts“ haben die fünf Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften an die Reichsregierung und den Reichstag eine Eingabe geschickt, in der das Ersuchen ausgesprochen wird, die bis zum 31. Juli 1928 geltend gemachten Zollermäßigungen mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen, da die höheren Zölle infolge der geschwächten Kaufkraft der Verbraucher eine weitere Belastung der Bevölkerung darstellen und unerträglich sein würden.“

Die Lebensdauer der Automobile. Der amerikanische Professor Griffith rechnet die durchschnittliche Lebensdauer der in Amerika benutzten Automobile auf 7,04 Jahre. Die Lebensdauer der Ford-Automobile ist höher als die erwähnte Durchschnittszeit. Im Jahre 1923 wurden zur Erhebung der ausstehenden Automobile 1 706 000 neue nötig sein. 1927 2 063 000, 1928 2 241 000. Das Durchschnittsalter der im Betriebe befindlichen Automobile Ende 1924 war 3,07 Jahre. Falls man mit einer jährlichen Neuproduktion von 4 Millionen Automobilen rechnet, von denen nur 5 Prozent nach dem Ausland ausgeführt werden, so werden im Jahre 1930 in den Vereinigten Staaten 28 580 000 Automobile vorhanden sein, das heißt, es wird bei Berücksichtigung der zu erwartenden Bevölkerungsvermehrung auf je 4,3 Personen ein Auto kommen, d. h. durchschnittlich fast auf jede Familie ein Auto.

Genossenschaftswesen.

Die Genossenschaftstagung deutscher Konsumvereine.

Den dritten Kongreßtag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine eröffnete Kaufmann Hamburg mit einem Referat über Internationale Genossenschaftsangelegenheiten. Er teilte mit, daß zurzeit etwa 40 Millionen Familien auf der Erde genossenschaftlich organisiert seien. Als höchstes Zeichen der Bundesgenossenschaft habe der Internationale Genossenschaftsbund die siebenjährige Regenbogenflagge gewählt. Jeder erste Sonntag im Juli ist als internationaler Werbetag gedacht. Der Bund hat außerdem das Protektorat über die dreiwöchigen internationalen genossenschaftlichen Sommerfeste übernommen. Der erste internationale Genossenschaftstag findet voraussichtlich im August in Stockholm statt. Die Beziehungen der internationalen Genossenschaften untereinander seien die denkbar herzlichsten, trotz der schweren Vergangenheit, die die Völker in zwei feindliche Lager gespalten habe. Die Bewegung trage viel dazu bei, der Welt den Völkerverfrieden zu bringen. Kaufmann berichtete dann über das Genossenschaftliche Sparwesen. Das Geschäftsguthaben betrug auf Grund der Goldmarkbilanz Ende 1925 rund 28 Millionen. Die Spareinlagen betrafen sich auf 82 Millionen. Davon waren 42 Millionen durch Aufwertung entfallen. Im letzten Jahresjahr waren die Spareinlagen 80 Millionen Mark. Das erste Quartal 1926 brachte einen neuen Zuwachs von 14 Millionen. Auch bei den Bankguthaben zeigt sich eine fortwährende Aufwärtsbewegung. Am 31. Mai waren 119 Konten mit 16 Millionen vorhanden. Die genossenschaftliche Kapitalbildung übertrifft die künftigen Erwartungen.

Einen sehr lehrreichen Vortrag erstattete Siemakowski Hamburg über die umfangreiche Tätigkeit der Fortbildungsinstitutionen. In vielen Reichsbüroverträgen, Aufsichtsrats- und Ausschussarbeiten wurde während des Berichtsjahres der genossenschaftlichen Gebante vorwärts getragen und für genossenschaftlichen Fortschritt gefördert. Im letzten Semester des genossenschaftlichen Seminars in Hamburg nahmen 16 Genossen teil. 154 000 Mark sind für diese Zwecke ausgemessen.

Eine lebhafteste Debatte rief ein Referat von Schwetzer Hamburg über die Mitarbeit der Frauen in der Genossenschaftsbewegung hervor. Er teilte mit, daß an 8311 Aufklärungsveranstaltungen im vergangenen Jahre 1 654 000 Frauen teilgenommen haben. Es sei notwendig, vor allem die Frauen für die Genossenschaft und gegen die Privatwirtschaft zu erziehen. In der Diskussion machte sich wieder die kommunistische Opposition bemerkbar, die hartnäckig vertritt, daß der Frau in der Genossenschaft viel zu wenig Rechte eingeräumt seien. Diese Behauptungen wurden aber widerlegt und dabei darauf hingewiesen, daß es größtenteils an den Frauen selbst liege, wenn sie ihren Einfluß nicht genügend geltend machen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte waren rein geschäftlicher Natur. Die Mitglieder des Vorstandes des Ausschusses und der Fortbildungskommission wurden nach Erneuerung der Eintragung einstimmig wiedergewählt. Die Jahresrechnung, die mit 271 000 Mark in Einnahme und Ausgabe abschließt, wurde einstimmig genehmigt.

Die Tagung in alter Höhe beendeten. Hierauf schloß der Kongreßtag die Tagung mit den Worten: Die genossenschaftliche Bewegung ist die einzige Bewegung, die die Menschheit zu einer menschenwürdigen Existenz führt. Die genossenschaftliche Bewegung ist die einzige Bewegung, die die Menschheit zu einer menschenwürdigen Existenz führt.

us der Rauchwarenveredelungsindustrie.

Um die deutsche Wirtschaft wieder instand zu setzen und aufzubauen, geht in ihr eine tiefgreifende Umwälzung vor sich. Neue Kräfte sind bereits sichtbar. Probleme tauchen auf, die der Lösung harren, die nur unter Zusammenfassung aller Kräfte möglich ist. Von diesem Prozeß sucht mit allen Mitteln das deutsche Unternehmertum den Einfluß der Gewerkschaften auszuhalten.

In diesem Kampfe stehen die Unternehmer der Rauchwarenveredelungs- und Färbereien ihren Klassengenossen in nichts nach. Die wirtschaftlichen Fragen ist bei ihnen oft sehr wenig Verständnis anzutreffen. Anstatt in den Betrieben die notwendige Umstellung vorzunehmen, suchen sie in den meisten Fällen die Lösung mit den Lehrlingen oder durch Verminderung der Belegschaft herbeizuführen. Den Verlust der Arbeitskräfte sucht man durch Überstunden wettzumachen. Um der Lage Herr zu werden und dem Wandel gegenüber einen „moralischen“ Erfolg zu haben, so können, sollte man die ohnehin niedrigen Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen abbauen zu müssen.

Es dem Ausland wirklich daran gelegen, daß die Löhne bis zum 30. Juni 1928 um 8 Prozent herabgedrückt und ab 1. Juli um 5 Prozent wieder erhöht werden? Nein, denn dort werden bereits schon höhere Löhne in der Branche gezahlt. Mit der derzeitigen Wirtschaftspolitik kann man der Auslandskonkurrenz, wie Amerika, Rußland, Frankreich, Belgien und Oesterreich nicht begegnen, denn diese hat sich während und nach dem Kriege entwickelt, daß Deutschland in Zukunft weiter mit ihr zu tun haben hat. In letzter Zeit tritt auch Italien als flühbarer Konkurrent auf. In den meisten größeren Städten, allen voran Mannheim, sind wie in den übrigen Ländern, mit Hilfe deutscher Facharbeiter, Juristen und Färbereien entstanden. Wenn vor kurzem Kammin der Hauptstädte Beschäftigungsartikel ist, so werden doch auch andere Waren, wie Raben, Hasen, Fieber, Otiern, Wam usw. zugeführt und gefertigt. In technischer Beziehung nimmt sich das Ausland, die besten Fortschritte zu machen. Das sind Erscheinungen, an denen die Arbeiter, die auch die deutschen Unternehmer nicht achtlos vorübergehen dürfen.

Will die deutsche Rauchwarenveredelungsindustrie auf dem Weltmarkt erfolgreich auftreten, so muß sie andere Maßnahmen als Lohnabbau durchführen. Der Bestand der Industrie hängt nicht einzig und allein vom Ausland ab, sondern auch der inländische Markt ist noch aufnahmefähiger, wenn von den Unternehmern die nötige Kaufkraft geschaffen würde. Selber ist hier das wenigste Verständnis anzutreffen.

Abgesehen von den außenpolitischen Einwirkungen nach dem Kriege, muß unter den Unternehmern mehr Verständnis und das Bestreben vorhanden sein, daß weitere Verbesserungen der wirtschaftlichen Mittel durchgeführt und die Einrichtungen im Betrieb schneller gefaltet werden. Vor allen Dingen muß mit Qualitätsarbeit aufgewartet werden können.

Für eine ordentliche und planmäßige Ausbildung des geschulten Nachwuchses ist mehr denn je Sorge zu tragen. Gerade in dieser Frage lassen die meisten Unternehmer aus reiner Profitgier kein Versehen zu. In jedem, auch dem modernsten Betriebe, wird mit der Ausbildung der Lehrlinge gesunde Schicksale verbunden.

Mit welchen Schwierigkeiten haben die Gehilfen zu kämpfen, wenn sie nach Verbesserungen in bezug auf die wirtschaftliche Lage drängen? Alle Verbesserungsversuche von ihnen werden durch den Wind geschlagen und gegen sie der Herrin-Hausstandpunkt eingenommen. Bei der ersten besten Gelegenheit entläßt man sich der Gehilfen, die von den Unternehmern nur als Lohnempfänger betrachtet werden. Recht deutlich tritt dieses in der Hauptstadt an. Keine in Erfahrung, liegt was vor dem Kriege hatten. Wer auf einen guten Gehalt von unten hochgehoben werden, so hat man jetzt wenig Interesse dafür. Beschäftigten, die man an junge, aber an die eigenen Betriebe ausgetrieben werden kann, werden von Herrn, die in den Betrieben nicht

Aus Schlessien.

Ergebnisse aus Schlessien:

- Biegntz (Stadt).** Ja: 17 228; Nein: 1033.
- Biegntz (Land).** Ja: 2255; Nein: 290.
- Waldburg.** Ja: 14 040; Nein: 850.
- Sirchberg.** Ja: 6782; Nein: 403; Wahlber.: 19 851.
- Wörlitz.** Ja: 25 914; Nein: 1243.
- Dhlau Stadt:** Abgegebene Stimmen 2745; Ja 2408, Nein 154, Volksbegehren 2947.
- Dhlau Kreis (vorläufig):** Ja 3153, Nein 19, Volksbegehren 3205.
- Reife.** Ja: 3001; Nein: 222.
- Grottkau.** Ja: 2537; Nein: 136; Wahlber.: 22 578.
- Oppeln (Stadt).** Ja: 4652; Nein: 304.
- Oppeln (Land).** Ja: 17 459; Nein: 389; Wahlberechtigte: 72 061.
- Gleiwitz (Stadt).** Ja: 15 004; Nein: 1060.
- Gleiwitz (Land).** Ja: 11 613; Nein: 809; Wahlberechtigte: 44 909.
- Falkenberg OS.** Ja: 2842; Nein: 248; Wahlberechtigte: 22 157.
- Beuthen.** Ja: 9774; Nein: 923.
- Ratibor.** Ja: 5205; Nein: 366.

Kriminalistische Ausbildung der Landjägerbeamten.

In einem Rundschreiben des Preussischen Innenministers wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, zur wirksamen Bekämpfung des Verbrechertums die Landjäger den strengsten Anforderungen entsprechend kriminalistisch fortzubilden und sie mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln auf dem Gebiete der Erforschung strafbarer Handlungen und Verfolgung von Verbrechen vertraut zu halten. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist deshalb eine Reihe von Regierungspräsidenten angewiesen worden, einmalig aus jedem der zu ihren Bezirken gehörenden Landkreise, soweit in diesen mindestens je 35 Landjägerbeamte angestellt sind, je zwei, sonst je einen Beamten für die Dauer von zwei Monaten zur Weiterbildung im Kriminaldienst zu den künftigen Polizeiverwaltungen abzuordnen, bei denen die für den betreffenden Landkreis zuständige Landestraindialpolizeistelle sich befindet. Zur Abordnung sind dienstfähige Landjägermeister oder Oberlandjäger auszuwählen, die bereits besondere Befähigung und Neigung für den Kriminaldienst bewiesen haben. Die Beamten sollen sich möglichst vielseitig auf allen Gebieten und Zweigen der Kriminalpolizei praktisch betätigen und sich planmäßig mit den zur neuesten kriminalistischen Technik gehörenden Fertigkeiten vertraut machen.

Massenentlassungen in Hindenburg.

Die Einstellung eines Hochofenbetriebes auf der Donnersmardhütte in Hindenburg hat sich nicht mehr vermeiden lassen. Die Verwaltung hat den Beschluß gefaßt, Anfang Juli den Hochofen 1 außer Betrieb zu setzen. Die Belegschaft in einer Stärke von 150 Mann hat bereits die Kündigung erhalten. Darunter befinden sich Arbeitsveteranen, die über 35 Jahre auf der Hütte waren. Die Einstellung des Hochofens 2 steht ebenfalls bevor. An seiner Stelle soll der völlig umgebaut Hochofen 4 in Betrieb gesetzt werden. Hochofen 2 erhält einen neuen Trichter und Gloden-Aufzug.

Waldburg. Betriebsstörung auf der Melchiorgrube. Der Tiefbauschacht der Melchiorgrube erlitt eine arge Betriebsstörung. Im westlichen Förderseil wurde auf bisher unaufgeklärte Weise der östliche Korb in die Seilscheibe gezogen, während der westliche Korb in den Schachtumpf sauste. Durch den östlichen Korb durch die Seilscheibe vollständig zertrümmert. Der westliche Korb wurde durch das Aufsinken in den Sumpf stark zusammengedrückt. Ueber die Ursache des Unglücksfalles konnten wir bisher nichts erfahren.

Schreiberhau. In den Zadenfall gestürzt. Am Dienstag stürzte beim Ziehen der Schleufe der etwa 18 Jahre alte Hausknecht der Zadenfallbaude die tiefe Klamm herab in den infolge der letzten Regengüsse sehr viel Wasser führenden Fluß. Er muß dabei sofort den Tod gefunden haben. Ein Kollege des Verstorbenen sah die Leiche des Verunglückten in der Zadenklamm im Wasser treiben, doch konnte sie noch nicht geborgen werden.

Außer dem Personal der Baude sind auch Mannschaften der Schreiberhauer Sanitätskolonne auf der Suche nach der Leiche. Der Verunglückte, der aus Feuersdorf stammt, war seit etwa sechs Wochen in der Zadenfallbaude beschäftigt.

Wörlitz. Selbstmord des Hatten eines Diebin. Vor kurzem wurde ein unerhört dreister Diebstahl aufgedeckt, den die Frau eines Angestellten der Wumag in Wörlitz ausgeführt hat. Sie war in einem großen Schuhgeschäft angestellt und genos das Vertrauen ihres Arbeitgebers in vollem Maße. Sie mißbrauchte dieses Vertrauen, indem sie gegen 200 Paar der besten Schuhe stahl und wohl das Doppelte schon umgesetzt haben mochte. Jetzt hat sich nun der Gemann durch einen Diebstahl in die Herzogend gelüht. Er wird als pflichttreuer Angestellter gekühdert. Eine direkte Beteiligung bei den Diebstählen seiner Frau war ihm nicht nachzuweisen.

Gleiwitz. Ueberschwemmungen im Klodnitzgebiet. Das anhaltende Regenwetter hatte auch die Klodnitz an verschiedenen Stellen zur Ausuferung gebracht. Besonders zwischen Katoschau-Sosnitha-Busatow-Nihammer bilden größere Wiesen- und Ackerflächen einen See.

Gogolin. Vorgehische Funde. Bei Grabungen auf den Grubenfeldern bei Schwulla wurden eine Anzahl vorgehischer Funde zutage gefördert. Entdeckt wurden eine Reihe von Frauen- und Männergeräten, die eine Fülle von Schmuckstücken und Ausrüstungsgegenständen bargen.

Groß-Strehlitz. Ein Angler überfällt einen Förster. Als Förster Jochim auf einer Futung sich die Hutungsnetze zeigen ließ, begegnete er an den Tümpeln im Walde am Friedhof auch einigen Anglern. Unter diesen befand sich ein gewisser Wamainel. Da dieser keine Angellart-bekand besaß, schloß der Förster die Angel und eine zum „Hochstochen“ verwendete langspitzige Kochgabel. W. geriet darüber in Wut und schlug auf den Förster derart ein, daß dieser stark blutete. Als der Förster sich abwandte, überfiel W. den Förster hinterrücks und versuchte, ihm das Gewehr zu entreißen. Der Förster rief darauf um Hilfe, die ihm durch den Kriminalassistenten Köhler zuteil wurde. Gegen den gefährlichen Angler ist Anzeige erstattet.

Krappitz. Durch Blizschlag getötet. Bei einem Gewitter wurde ein Mädchen, namens Warzcha, das mit andern Frauen in der Heuente arbeitete, vom Bliz erschlagen. Die andern Frauen wurden beaufst.

Ratibor. Der Stochhausturm als Jugendheim. Dem Beispiel anderer Städte folgend, plant auch Ratibor die Errichtung eines Jugendheims bzw. einer Jugendherberge. Der Stochhausturm, das letzte Wahrzeichen der alten Stadtmauer, soll für die Zwecke der Jugend dienlich gemacht werden. In zwei Stadwerken soll nach dem Plan des Stadtamtes je ein Zimmer hergerichtet werden, das der Aufnahme der wandernden Jugend dienen soll.

Rattowitz. Eröffnung einer Fliegerchule. In Rattowitz wird auf dem neu geschaffenen Flugplatz im Süden der Stadt eine Fliegerchule eröffnet. Das Grundkapital des Unternehmens beträgt 15 000 amerikanische Dollar. Der Ausbildungskursus soll etwa 100 Schüler umfassen und ein halbes Jahr dauern. Die Konzession für das Unternehmen erhält die Firma Rütche & Co.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ergebnisse aus dem Landkreise.

- Maltz.** 713 ja, 99 nein, 1821 Wahlberechtigte.
- Neulitz.** 405 ja, 61 nein, 1382 Wahlberechtigte.
- Neumarkt.** 766 ja, 34 nein, 3625 Wahlberechtigte.
- Koberwitz.** 302 ja, 21 nein, 743 Wahlberechtigte.
- Altenhof.** 982 ja, 88 nein, 1584 Wahlberechtigte.
- Deutsch-Billa.** 1403 ja, 112 nein, 3167 Wahlberechtigte.
- Oppers.** 192 ja, 19 nein, 345 Wahlberechtigte.
- Zweibrödi.** 119 ja, 9 nein.
- Dmitz.** 701 ja, 55 nein, 1184 Wahlberechtigte.
- Rawallen.** 329 ja, 35 nein, 626 Wahlberechtigte.
- Ariern.** 458 ja, 23 nein, 1052 Wahlberechtigte.
- Schmolitz.** 340 ja, 30 nein, 670 Wahlberechtigte.
- Klein-Sägewitz.** 107 ja, 16 nein.
- Groß-Sirben.** 384 ja, 18 nein.
- Col.** 345 ja, 33 nein, 615 Wahlberechtigte.
- Steine.** 304 ja, 24 nein, 611 Wahlberechtigte.
- Schmolz.** 247 ja, 19 nein, 812 Wahlberechtigte.
- Wörlitz.** 87 ja, 3 nein, 167 Wahlberechtigte.
- Rattern I.** 123 ja, 10 nein.
- Rattern II.** 132 ja, 20 nein.
- Carlowitz.** 646 ja, 43 nein, 2074 Wahlberechtigte.
- Oberntgl.** 574 ja, 50 nein, 2314 Wahlberechtigte.
- Groß-Tschanis.** 533 ja, 35 nein, 967 Wahlberechtigte.
- Klein-Tschanis.** 625 ja, 40 nein, 1096 Wahlberechtigte.
- Kosenthal.** 761 ja, 40 nein, 1494 Wahlberechtigte.
- Olshitz.** 390 ja, 24 nein, 682 Wahlberechtigte.

Schnitzguth. Abstimmungsteror. Am Tag dem Volkenscheid sagte der Rittmeister von Wallenberg seinen Landarbeitern: „Wer morgen zur Wahl geht, stimmt gegen mich und wird daher entlassen.“ Die Folge dieses Terors war, daß nicht nur die Landarbeiter der Wahlurne fern blieben, sondern auch die anderen Einwohner, die fast alle wirtschaftlich von dem genannten freien Junker abhängen. — Was gegen den Landrat gegen diesen offensichtlichen Terorfall zu tun nehmen?

Aus dem Kreise Nimptsch.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Am Freitag, den 18. Juni fand in der evangelischen Kirche eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Anwesend waren zwölf Stadtverordnete. Der Magistrat war vertreten durch Bürgermeister Kühn und die Ratsmänner Geisler, Kammann und Werk.

Von Eingängen und Mitteilungen wird Kenntnis genommen und der Ordnung über Marktstandsgelder bei Vieh- und Krammärkten zugestimmt.

Der Aufnahme eines Darlehens von 20 000 Reichsmark für die städtischen Sparkasse zu Zweckzwecken zu den gewöhnlichen Zinssätzen wird zugestimmt.

Ankauf des Gerichtesgeländes. Das Gefängnis stellt in dem sich immer mehr vergrößernden Verkeh ein Hindernis dar, das zu beseitigen dringend erforderlich ist. Die Verhandlungen wegen des Ankaufes schweben schon jahrelang. Die Stadtverordnetenversammlung kam erst kürzlich zu einem Beschluß, der folgendermaßen formuliert wurde: Der Magistrat wird ermächtigt, das Gebäude bis zu einem Höchstpreis von 6000 Reichsmark anzukaufen und erkauf, das Grundstück baldmöglichst zu verwerthen.

Zur Mietsangelegenheit mit dem Justizstus wurde beschlossen, den Beschluß zurückzustellen und der Magistrat ersucht, weiter zu verhandeln. Es handelt sich hierbei um Renovation des Amtsgerichtsgebäudes.

Stadtverordneter Meyer berichtet über die Abrechnung der Nothstandsarbeiten. Geheztig wurde dem in der Rechnung festgestellte Ausgaben der Badeanstalt formgemäß zugestimmt. Referent betonte, daß mit der Errichtung der Badeanstalt und des Sportplatzes etwas geschaffen worden sei, was in den künftigen Abrechnungen einzig darzulegen.

Beihaltung einer Wohnung für das Kreisjustizamt. In dem vom Kreis vorgelegte Bauprojekt wird angelehnt, der jetzigen Lage der Stadt abgekehrt, der Magistrat wird jedoch ersucht, weitere Verhandlungen wahrzunehmen. — Dagegen wird ein Kaufangebot für das Wohnhaus Kangelers Straße 5 zugestimmt.

Von den Neufiedlern war ein Antrag auf Erlaß der gemeindlichen Grundvermögenssteuer eingebracht. Trotzdem unsere Gemeindefürsorge Winkler, Schramm und Lehner diesen Antrag unterstützten und in Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Neufiedler befinden, für vollkommenen Verzicht waren, wurde auf Antrag der Rechten folgender Beschluß gefaßt: Der Magistrat wird ermächtigt, die Frage von Fall zu Fall zu prüfen und entsprechend zu verfahren.

Festsetzung der Realsteuerzuschläge für 1926. Die Steuerzuschläge mit 350 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer und 500 bzw. 1500 Prozent zur Gewerbesteuer bleiben dieselben wie im vergangenen Jahr. Die Beschlußfassung über Annehmen eines Kaufangebots für das Ackerfeld an der Reichsmarkt-Straße wird auf Antrag in die geheime Sitzung vertagt.

Dringlichkeitsvorlagen. Gerbereibesitzer Ralmann beantragt den Abschluß eines Kaufvertrages zwischen ihm und der Stadt. Dem Kaufvertrag wurde zugestimmt. Der Theatergemeinde Nimptsch soll eine Beihilfe bewilligt werden. Die Theatergemeinde hat im letzten Geschäftsjahre mit einem Defizit von 438 78 Reichsmark abgeschlossen. Nach längerer Debatte, bei der einige Herren der Rechten durchaus kein Verständnis für die Notwendigkeit der Erhaltung einer so wertvollen Ergrundenheit wie es unsere Theatergemeinde ist, zeigten, wurde eine Beihilfe von 150 Reichsmark bewilligt. Der Antrag unleres Gen. Winkler lautete auf 200 Reichsmark. Wegen der Differenz von 50 Reichsmark entspann sich eine unangenehm wirkende Debatte.

Die geheime Sitzung zog sich dann bis in die späten Nachmittunden hin.

Wasserstand

21. Juni.

Ratibor	6,64	Dobornfurth	1194 cm
Reife (Stadt) v. 21. 6.	+1,00	Abflussmenge	1194 cm
Reife (Unter-Pegel)	4,85	Treben	1194 cm
Ratibor (Unter-Pegel)	7,43	Finkenberg v. 19. 6.	1194 cm
Brieg (Wahrentan)	5,63	Wasserwärme	+ 16,6°

Eine

Sensation für Breslau

bedeutet unser diesjähriger

Saison-Ausverkauf

Wir richten an unsere Mitglieder die Bitte, mit den Einkäufen noch einige Tage zu warten.

Um zu räumen, bringen wir große Posten zum Teil

unter Einkaufspreis

zum Verkauf. * Beachtet unser Inserat am nächsten Freitag!

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“

Abt.: Konfektion
Neumarkt 12

Abt.: Schuhwaren
Kupferschmiedestr. 31